

M8

Der Ernährungsrat.

Schon im ersten Parlament des allgemeinen Wahlrechtes wurde von der Vertretung des Proletariats gefordert, daß unseren Produktionsministerien für Ackerbau und Industrie ein Ministerium für Volksernährung beigeordnet werde. Erst im Kriege, erst nachdem die österreichische Ernährungspolitik vollständig verfahren und die zunehmende Desorganisation der Lebensmittelversorgung unhaltbar geworden war, wurde endlich das Volksernährungsamt geschaffen. Das Amt vermag als bloße bürokratische Einrichtung nicht voll zu wirken, es muß ihm zu jeder gedeihlichen Arbeit die Kritik und die Mitarbeit der Bevölkerung gesichert sein; denn nichts ist für eine gedeihliche Volksernährung so unentbehrlich, als daß die Bevölkerung nicht bloßes Objekt, sondern auch mitwirkendes Subjekt der Fürsorge ist. In anderen Staaten besorgt dieses Amt der Kritik und der anregenden Führung das Parlament; bei uns, im Lande des Erlasses, arbeitet auch hier das Ersatzmittel: der Ernährungsrat. Er stellt in seiner jetzigen Zusammensetzung die Vereinigung des Beirates der Kriegs-Getreidegesellschaft, des Approvisionierungsbeirates und mehrerer Fachbeiräte dar, umfasst die Vertreter fast aller Parteien, Nationen, Agrarier, Kaufleute und Konsumenten. Seine Arbeit gliedert sich nach fünf großen Gruppen in Ausschüssen mit je einundzwanzig Mitgliedern, die mit den verschiedenen Einzelfragen befaßt sind. Der erste Verhandlungstag hätte in einer großen Generaldebatte die Vertreter des Amtes und der Bevölkerung einander näherbringen, die Pläne der Behörde und die Anregungen aller Interessanten zusammenfassen sollen. Minister Höfer hat in einem sehr sachlichen, lediglich auf Tatsachen aufgebauten Bericht die Aufgaben und die Pläne zusammengefaßt, die das neue Amt beschäftigen. Die schmucklose Einfachheit der Rede, die nicht wirken will und nur zu unterrichten sucht und Schwierigkeiten nicht verhüllt, hat dem Sprecher viel Sympathien gewonnen. Er hat sicher in sein neues Amt viel guten Willen mitgebracht, wenn sich auch die Schwierigkeiten nun zu Bergen türmen und der Wille, auch der beste Wille nicht mehr durchzukommen vermag. Der taubereite Eifer richtet auf, zumal wenn er erkennt und auch bekennt, wie sehr er nun die Sünde alter Versäumnisse zu büßen hat.

Die Debatte selbst hat leider nicht viel mehr als eine Sammlung einzelner Beschwerden gebracht, neue Richtlinien sind spärlich sichtbar geworden. Die Agrarier haben ihren ganzen Wunschzettel aufgezählt und die grüne Fahne der Landwirtschaft ist wieder einmal hoch im Winde geflattert. Baron Ehrenfels hat seine ostelbische Rückständigkeit vor allem mit der Bemerkung eingeleitet, daß die Landfrauen hier nicht vertreten seien, da sie andere Arbeit zu leisten haben, daß sie dahinter bei den natürlichen Aufgaben der Frauen bleiben und nicht in Ernährungsräten mitarbeiten können. (Sollten wirklich untere adeligen Großagrarien so unerbittlich auf der Feldarbeit ihrer Gattinnen bestehen, daß sie ihnen nicht einmal einen Urlaub von ein paar Tagen für eine Beiratsstzung gönnen?) Uebrigens forderte Baron Ehrenfels selbst eine Vertretung der Landwirtinnen — eine solche wäre auch uns sehr erwünscht. Er sprach sich entschieden gegen die staatlichen Eingriffe in die Produktion aus, die er und seine Partei ablehnen müßten. Der Abgeordnete Zuksch stellte die Forderung, daß die österreichischen Höchstpreise mit den Höchstpreisen in Ungarn in Einklang gebracht werden müssen, weil nur dann eine Versorgung der österreichischen Bevölkerung möglich sei. Sofort aber hat er die Forderung angeschlossen, daß die österreichische Landwirtschaft in jeder Weise unterstützt werde, damit sie ihre Produktion steigern und Oesterreich allein ohne Ungarn und seine Hüfe versorgen könne. Daß man dieses Ziel nach den Perioden rumänischen Maisbrotens noch mit dem Mittel österreichischer Agrarpolitik erreichen will, zeigt, daß man entweder Tatsachen nicht sehen will oder sie nicht erkennen kann. Erschütternd waren die Schilderungen der galizischen Vertreter über die Ernährungsverhältnisse in Polen, wo der Krieg und seine Ereignisse am fürchterlichsten wirken konnten. Abgeordneter Seleniger hat in einer bedeutenden Rede die Frage der Konsumenten- und der Produktionspolitik angerollt. Er hat den Agrariern das Schlagwort, daß sie die Ernährer des Volkes sind, einmal vom Standpunkt des Arbeiters zergliedert und ihnen gesagt, daß sie keine Kohlen, kein Petroleum, keine Geräte und keine Kleider hätten, wenn die Arbeiter nicht wären. Wenn die Bauern nicht auf das Niveau der Pflanzbauern herabsinken, sondern als Kulturmenschen leben wollen, dann bedürfen sie des Industrievolkes so, wie dieses das Landvolk nicht entbehren kann. Wenn wir es einmal auf den Versuch ankommen lassen, dann würden die selbstschaffenden Landwirte einsehen, daß sie mit dem Industrievolk gemeinsam Politik machen müssen. Wenn die Bergarbeiter aus Entkräftung nicht in die Grube fahren können, muß auch der Bauer frieren. Nachdrücklich wurde von Seleniger auf die Notwendigkeit hingewiesen,

daß die Verhandlungen des Ernährungsrates der Öffentlichkeit ebenso ausführlich mitgeteilt werden wie die Reden der Minister, die allen Blättern zugehen. Das Volk muß wissen, was wir hier tun. Die Kreisrelationen und die Organisations- und Wirtschaftsämter sind nun die wichtigsten Aufgaben des Ernährungsdienstes. Bei den Wirtschaftsämtern müssen die Arbeiter ausreichend vertreten werden, denn sonst kann eine gedeihliche Aufbringung und Verteilung des noch Vorhandenen unmöglich erzielt werden. Der Abgeordnete Kunschak, der eine scharfe Rede gegen die Jagdbesitzer hielt und auch die zunehmende Kindersterblichkeit in deutlichen und mahnenden Zügen warnend kommentierte, hat leider nicht mitgeteilt, wie wenig der niederösterreichische Landtag, den die Partei des Herrn Kunschak beherrscht, gegen die Jagdherren und Bauernleger getan hat, von der Bevölkerungspolitik und deren Aufgaben nicht zu reden. Abgeordneter Diamand, dessen treffende Kritik der unzulänglichen Maßnahmen der Regierung Stürggh mit lebhafter Zustimmung begleitet wurde, hat sehr eindringlich über die Hilfe gesprochen, die aus den russisch-polnischen Gebieten und aus Galizien erwartet wird, deren Ausmaß und Unkosten für Aufbringung und Transport in keinem Verhältnis steht. Weil die Transportbeschwerden und die Gefahr des Kohlenmangels immer größer werden, wurde von ihm die Schaffung eines sechsten Ausschusses beantragt, der sich nur mit diesen Fragen befassen soll. Die Transportbeschwerden sind nun eine europäische Krise und in jedem Staate sind sie geradezu die Lebensfrage. Wenn das Ernährungsamt auch nicht an sich kompetent sei zur Lösung dieser Frage, sei es dringend, sich mit allen Fragen zu beschäftigen, die in irgend einer Weise mit der Ernährung zusammenhängen.

Als erste Frau, die in einer öffentlichen Körperschaft Oesterreichs als gleichberechtigtes Mitglied zum Wort kam, hat Emma Freundlich unter der regen Aufmerksamkeit aller gesprochen. Sie hat die Ursachen unseres mangelhaften Ernährungsdienstes in drei Dingen gesehen. Vor allem in der Beschränkung der öffentlichen Kritik und der öffentlichen Mitarbeit durch die Ausschaltung des Parlaments; darin liege die größte Gefahr für die Volkstimmung. Wenn das Volk sieht und aus den Debatten lernt, welche Schwierigkeiten vorhanden sind; wenn es die Hoffnung hat, daß seine gewählten Vertreter Widerstände überwinden und besiegen können, dann hat es mehr Vertrauen zu den Maßnahmen und erträgt erkannte Notwendigkeiten leichter. Der Ernährungsrat ist kein Ersatz des Parlaments, denn ihm fehlt die Legislative. Wir können nur raten, das aber kann die Tat, den Gesetzesbeschluß nicht ersetzen. Der zweite Grund unseres Veragens ist die mangelnde Organisation unserer bürokratischen und autonomen Verwaltung. Eine Preisfrage ist es, wer mehr ver sagt hat: Staat oder Autonomie; wir glauben hier an die Geschichte vom Rabbi und vom Wächter erinnern zu müssen. Unsere gesamte Verwaltungsorganisation, unsere sozialen Fürsorgeeinrichtungen sind nicht so weit entwickelt, daß sie die Lasten des Krieges tragen könnten. Hier muß vor

allem eingesezt werden, namentlich nun, wo die mangelhaft vorbereitete Aktion für die Minderbemittelten gedeihlich durchgeführt werden soll. Unser strategischer Plan muß geändert werden. War früher die gleiche Portion das Mittel der sozialen Fürsorge, so muß nun die Nation und der Preis differenziert werden. Nun wo der Staat Mehl und Brot verteilt, müssen die Frauen auch dabei mitarbeiten. Produktionspolitik müssen wir treiben, aber auch Konsumentenpolitik ist Produktion, sie soll das wertvollste Produkt erzeugen, den Menschen und seine Arbeitskraft. Nach Schluß der Generaldebatte gehen nunmehr die Ausschüsse an ihre Arbeit. Sie wird gewiß geraume Zeit beanspruchen. Die Ergebnisse der Ausschussarbeiten sollen gegen Schluß der Woche im Plenum erledigt werden.